

Nicht sinnvoll

Zu: „Wasserstoff aus Gülle“, FR-Wissen vom 19. November

Es klingt gut: Aus Gülle kann man Biogas und daraus dann Wasserstoff produzieren. Nicht nur für den Schwerlastverkehr ist Wasserstoff interessant. Sehr wichtig ist er besonders bei der Dekarbonisierung in der chemischen Industrie und bei der Stahlproduktion. Eine große Lücke haben wir allerdings bei der Bereitstellung von „grüner“ erneuerbarer Energie im Wärmesektor. Es wird mit vertretbarem Ressourceneinsatz nicht möglich sein, selbst energetisch sanierte Bestandsgebäude komplett nur mit Wärmepumpen zu beheizen. Hier bietet sich kurzfristig weiter die Nutzung von Erdgas an. Dieses ist allerdings rasch durch Biogas und synthetisches Erdgas (SNG) zu ersetzen.

Es erscheint nicht sonderlich sinnvoll, aus dem Biogas, also Methan, mit zusätzlichem Energieaufwand Wasserstoff zu erzeugen. In Verbindung mit der vorhandenen Erdgas-Infrastruktur, inklusive der Speicherkapazitäten, lassen sich mit Methan auch trübe und windstille Phasen überbrücken – insbesondere wenn der Gasmix zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Wärme in Blockheizkraftwerken genutzt wird. Um diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss die Politik klare Prioritäten setzen.

Gerhard Schuster, Kriftel

Diskussion: frblog.de/glasgow



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.



Vergangene Zeit

Es ist Herbst. Das Foto von Ute Wittich aus Frankfurt vom Sommerflieder mit Besuch stammt noch aus dem Sommer. Sie liebe Leserinnen und Leser, haben mir so viele Fotos aus Ihren Gärten geschickt, dass wir damit den Winter überbrücken können, in Erinnerung an eine vergangene Zeit und in Vorschau auf das kommende Jahr. Mehr zu Bronskis Projekt der Insektenoase unter frblog.de/garten-x1.

UTE WITTICH

Einmal erben reicht

Merz: „Es wird in diesem Land keine Vermögenssteuer mehr geben“, 24.11.

Dass sich Friedrich Merz im FR-Interview entschieden gegen eine Vermögenssteuer, Änderungen bei der Erbschaftssteuer und gegen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes aussprechen würde, war von einem zu erwarten, der Blackrock gedient hat, einem der größten Vermögensverwalter für die Reichen dieser Welt. „Aber eine Erbschaftsteuer steuerrechtlich so umzusetzen, dass man mehr Einnahmen als bisher erzielt, ist extrem schwierig.“, lässt er uns wissen. Dabei ist es eigentlich ganz einfach. Nach § 14 ErbStG können Ehepaare ihrem Kind zu Lebzeiten je 400 000 Euro schenken, ohne dass Steuern anfallen, und das alle zehn Jahre aufs Neue. So kann Vermögen völlig steuerfrei übertragen werden. Den gleichen Betrag gibt es noch mal obendrauf, wenn vermögende Omas und Opas des Enkels noch leben. Streicht man die Zehn-Jahres-Regelung im Erbschaftsteuergesetz ersatzlos, kommt sofort Geld in die Kasse und ein kleines Stückchen Gerechtigkeit in die Welt, denn die steuerfreie Übertragung von Vermögen erfolgt leistungslos. Einmal erben im Leben reicht. Die meisten Menschen erben gar nichts. Vielleicht befasst sich Herr Merz ja mal mit dieser Thematik, statt Meldungen zu verbreiten, die nur denen nützen, die schon viel haben. Hans Schinke, Offenbach

Diskussion: frblog.de/ampelkoalition

Eine schwierige Suche nach dem größten gemeinsamen Nenner

Koalitionsvertrag: „Anfang ohne Zauber“, FR-Meinung vom 25. November

Die Ampelkoalition wird es nicht richten

Es wird ständig von einem Systemwechsel geredet zurzeit, das heißt einem Wechsel aus dem herrschenden System, dem Kapitalismus, der Wachstumsideologie, dem Profitdenken, ganz einfach der „Gier“. Bei einem wirklichen Systemwechsel muss die Gier, die Wachstumsideologie, das Profitdenken verschwinden. Von CDU und FDP ist das überhaupt nicht die Agenda. (keine Vermögenssteuer etc.), auch nicht von großen Teilen der SPD (Cum-ex, Warburg-Bank, Wirecard). Das „G“ steht auch bei den Grünen drin. Erinnern wir uns, dass die Agenda 21 und Hartz IV von Rot-Grün eingeführt wurde, in Hessen: Schwarz-Grün (Flugplatzausbau, Autobahnbau) und in Frankfurt (Verkauf städtischen Grundbesitz (Grün), Genehmigung von Luxuswohnhäusern (Grün)). Ein schüchterner Wechsel hat stattgefunden, aber solange die FDP von SPD und Grünen bevorzugt wird, ist das kein Signal für einen Wechsel.

Weg von der profitorientierten, wachstumsgeilen Ökonomie zu einer Ökonomie als Haushaltslehre, wie schon von Aristoteles beschrieben zu einer echten Ökologie, nicht der esoterischen Tiefen-

ökologie, oder der Ökologie als Umweltschutz. Das Klima schützen wir nicht, das Klima schützt uns. Eine Ökologie, eine radikale Ökologie, die in Kreisläufen mit limitierenden Faktoren denkt, in „Grenzen des Wachstums“. Die Ampelkoalition wird es nicht richten, sie ist allenfalls als Übergangslösung zu einem Anfang eines Systemwechsels zu sehen, die Männerclique Lindner, Scholz, Habeck werden dem Wachstum nicht abschwören, jedenfalls nicht öffentlich.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Zumutungen drohen Entmutigungen zu werden

Zweifelsohne hat Deutschland jetzt eine ambitionierte Regierung. Tatsächlich dürfte sie derart umfassende Reformen auf den Weg bringen, wie es bisher kaum ein Bündnis getan hat. Doch der Koalitionsvertrag scheint einerseits ein Diktat der Jugend zu sein. Andererseits offenbart er im gesellschaftspolitischen Bereich drohende Dammbrüche, die soziales Konfliktpotenzial in sich tragen.

Die Überschrift des Papiers spricht davon, dass man den Fortschritt „wagen“ wolle. Tatsächlich braucht es Mut, wenn man beispielsweise eine Droge für Er-

wachsene kontrolliert zugänglich machen will, deren Konsum zu vielfach relativierten Gesundheitsfolgen führt – und nach Alkohol und Zigaretten zum nächsten Suchtmittel wird, dessen Auswirkungen sich nach der Legalisierung kaum mehr einfangen lassen. Es bedarf guter Argumente, weshalb man einen Schwangerschaftsabbruch als Dienstleistung anpreisen und für ihn wie einen Frisörbesuch oder den Kauf von Waschmittel werben möchte. Die Möglichkeit zum Erhalt des Führerscheins ab 16 Jahren ist ein Zugeständnis auf Druck der Wählerklientel, die man künftig auch bei Bundes- und Landtagswahlen an die Urnen lassen will – ohne aber gleichzeitig die politische Bildung zu schärfen und damit zu riskieren, dass pubertierende Heranwachsende nach Tagesform ein verbindliches Kreuz auf dem Stimmzettel setzen. Es ist eine friedenspolitische Irrfahrt, nun doch bewaffnete Drohnen anzuschaffen, die von Soldaten aus der Ferne am Bildschirm gelenkt werden und Menschen mit einem Knopfdruck töten können.

Und während die „Grünen“ Umweltschutz an oberste Stellen setzen, sollen jedes Jahr 400 000 neue Wohnungen gebaut und damit riesige Flächen erschlossen werden – einer von vielen Wider-

sprüchen und Verblendungen, wie der Euphemismus des neuen Bürgergeldes, der im Vergleich zu „Hartz IV“ faktisch keinerlei Verbesserungen für die Bedürftigen bringen wird. Letztlich wird es maßgeblich darauf ankommen, ob die Breite der Bevölkerung bei all diesen Vorhaben mitgenommen werden kann. Wenn es nicht gelingen sollte, dem einfachen Bürger Alternativen und Ausgleich für den Umstieg auf erneuerbare Energien anbieten zu können, wird aus dem versprochenen Zusammenhalt eine Spaltung. Aus Habecks „Zumutungen“ drohen dann rasch Entmutigungen zu werden. Dennis Riehle, Konstanz

Verkehrsministerium wird falsch besetzt

Die Zuteilung des Verkehrsministeriums an die FDP ist eine falsche Entscheidung. Ich kann nicht verstehen, dass die Grünen zulassen, dass dieses für die Verkehrswende wichtige Ministerium, die diese Partei immer fordert, an die FDP geht. Diese Partei, die das Tempolimit auf Autobahnen ablehnt und mit einem Porschebesitzer an der Spitze, spricht nicht dafür, dass die Verkehrswende hin zu mehr Verkehr im öffentlichen Personenverkehr und auf der Schiene gelingen

wird. Schade, dass das Verkehrsministerium, welches bislang die CSU mit unfähigen Ministern besetzt hat, zuletzt mit Herrn Scheuer, wieder falsch besetzt wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jetzt der Bundesverkehrswegeplan 2030, was den Autobahnneu- und -ausbau betrifft, kritisch auf den Prüfstand gestellt wird. Damit wird dem Zuwachs des Straßenverkehrs keine Grenze gesetzt. Auch bezweifle ich, dass die Ziele im Koalitionsvertrag – „den Schienengüterverkehr bis 2030 auf 25 Prozent steigern und die Verkehrsleistung im Personenverkehr verdoppeln“ – mit einem Verkehrsminister der FDP erreicht werden können.

Volkmar Köhler, Offenbach

Der größte gemeinsame Nenner

Da war sie wieder, die Rede vom kleinsten gemeinsamen Nenner, den man nun gefunden habe. Aber es müsste doch korrekt heißen: Wir haben den größten gemeinsamen Nenner gefunden (so klein er dann auch sein mag). Hoffentlich haben sie danach gesucht, sonst hätten sie ja viel zu früh die Suche aufgegeben.

Diedrich Bode, Leer

Diskussion: frblog.de/ampelkoalition